

KA sieht Mehrheit auf Holzweg

LANDWIRTSCHAFT Kommunale Alternative bleibt bei Tierhaltung bei ihrem Kurs

Steuerung der Stallbauten: Sie ist ein Zankapfel. KA kritisiert Ratsmehrheit und Verwaltung

GROßENKNETEN/USU – Die Diskussion um die Steuerung von neuen Tierhaltungsanlagen: Sie hält den Rat der Gemeinde Großenkneten inzwischen seit Jahren in Atem. CDU, SPD und FDP stehen hinter dem eingeschlagenen Weg, mittels fünf Bebauungsplänen das ganze Gemeindegebiet zu beplanen und so jedem einzelnen Betrieb Baufenster zuzuweisen. Damit soll die Zersiedlung der Landschaft verhindert werden. So überzeugt die große Mehrheit des Rates und die Verwaltung von dieser Strategie sind, so überzeugt ist die Kommunale Alternative (KA) davon, dass dieser Weg falsch ist. Besondere Ratsherr Uwe Behrens hat sich tief in die Materie eingearbeitet und mahnt immer wieder an, dass die aktuelle Bauleitplanung ein Fehler sei.

Nach mehreren Stellungnahmen, Veranstaltungen und einer Flugblattaktion der KA zu diesem Thema gab es kurz vor Weihnachten eine gemeinsame Stellungnahme der drei Fraktionen CDU, SPD, FDP sowie der Verwaltung zur Tierhaltung. Die **NWZ** berichtete dazu ausführlich am 22. Dezember unter dem Titel

„Bürgermeister: Kein Bauboom zu erwarten“. Darauf hat jetzt die KA reagiert unter der Überschrift: „Die Kommunale Alternative verwarft sich gegen den Vorwurf der Falschinformation! Die Verwaltung und Parteien reden sich die Steuerung der Tierhaltung schön!“.

In der Stellungnahme der KA, von Uwe Behrens übersandt, heißt es: „In seltener Eintracht haben CDU, SPD, FDP und Verwaltung umfangreich Kritik an der KA geübt. So werfen sie der KA im Zu-

KA POCHT AUF AUSSAGEN VON PROFESSOR KMENT

Als „sehr gewagt“ wertet die KA „den Versuch der Verwaltung, dem Experten für Baurecht, Prof. Dr. Kment, Fehler zu unterstellen“. Professor Kment habe klar benannt, mit welchen Schritten sich der Stallboom wirksam und mit deutlich geringerem Planungsaufwand hätte eindämmen lassen. Dafür hätte es gereicht, nur die gewerblichen Ställe zu steuern, denn diese machen inzwischen den Löwenanteil der Bauanträge aus, weil hierfür kein Nachweis von Futterfläche erforderlich ist. „Allerdings setzt diese Vorgehensweise voraus, dass

man den Stallbau wirklich einschränken will. In der Gemeinde Großenkneten ist das aber gerade nicht der Fall“, betont der KA-Vorsitzende Axel Janßen. Da ein flächengebundenes Wachstum aber aufgrund der knappen Flächen nur noch wenigen Betrieben möglich ist, werde auf dem Wege dieser Bauleitplanung versucht, „gewerbliche Ställe in großem Umfang zu ermöglichen“, schreibt die KA. CDU, SPD, FDP und Verwaltung sehen das genau anders.



sammenhang mit ihrem an alle Haushalte verteilten Flyer und zwei öffentlichen Informationsveranstaltungen die Verbreitung von Unwahrheiten vor.“

Die KA weist das entschieden zurück. So habe sie die Zahl von 150 neuen Ställen nie genannt. „Tatsächlich war die KA die einzige politische Kraft, die öffentlich und sachorientiert über die Inhalte der Planungen und mögliche Auswirkungen informiert hat“, beansprucht Uwe Behrens für die KA. „Ob Tierzahlen, Feinstaub- und Ammoniakstoß, Umweltkosten oder Anzahl und Größe der geplanten Baufenster: Die von uns genannten Zahlen sind nachweislich korrekt!“

Für die KA sind die Grenzen des Verkaufbaren an Umweltbelastungen überschritten. Sie verweist auf eine aktuelle „Nutztierdichte“ in der Gemeinde von 1500 Kilogramm (rund 2,5 Rinder oder 22 Mastschweine oder 1500 Masthühner) je Hektar land-

wirtschaftlicher Fläche und die damit verbundenen Umweltproblemen.

Dass sich der Bürgermeister zuversichtlich zeigt, dass es nicht zu einem Stallboom kommen wird, teilt die KA nicht. Den Verweis auf den Verzicht einer Veränderungssperre, wodurch aber nichts passiert sei, überzeugt sie nicht. Dafür stünden aber noch Stallbau-Anträge im Raum, die bereits vor dem Einstieg in die Bauleitplanung gestellt wurden und für die großenteils auch Baufenster vorgesehen sind. „Wenn, wie der Bürgermeister sagt, nicht mit einem Stallboom zu rechnen ist, warum werden dann 67 Entwicklungsflächen ausgewiesen, die einen konkreten

Ausgewiesene Bauflächen wertet Dr. Kment als einen erheblichen rechtlichen (und somit auch finanziellen) Mehrwert für die Eigentümer, da auch gewerbliche Ställe zulässig seien.

Der Grünen-Kreistagsabgeordnete Eduard Hüfers wird wie folgt zitiert: „Noch mehr Tiere bieten keine sichere Perspektive für die landwirtschaftlichen Betriebe in unserer Gemeinde, sondern bringen das Fass für Umwelt-, Natur- und Wasserschutz zum Überlaufen. Die landwirtschaftlichen Betriebe brauchen andere Entwicklungsansätze.“

Baubedarf voraussetzen?“, fragt Ratsherr Uwe Behrens.

Verwaltung, CDU, FDP und SPD würden beteuern, dass die Ziele der Bauleitplanung erreicht werden. „Leider sagen sie nicht, wie das gehen soll“, meint Behrens. Schließlich könne die Fläche vom Eigentümer selbst bebaut, aber auch an den Meistbietenden verkauft werden – auch an auswärtige Käufer. Die Planung enthalte kein Vorkaufsrecht für hiesige Landwirte. Auch würden die Emissionen (Ammoniak, Stickstoff, Feinstaub...) in der Gemeinde nicht sinken.

Behrens: „CDU, FDP, SPD und die Verwaltung sind nach eigenem Bekunden von der Bauleitplanung überzeugt. Das müssen sie auch sein, denn bis heute hat dieses schädliche Vorhaben die Allgemeinheit rund 300 000 Euro gekostet. Wer mag angesichts dieser Verschwendung von Steuergeldern schon zugeben, dass er sich auf dem Holzweg befindet?“